BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ● KV Hannover ● MITTEILUNGSBLATT

GRÜBL

Mai 2003

Inhalt

1 Sozial ist nicht egal!
3 Bilanz eines Krieges
4 Modernisierung des Kreisverbandes
5 Urabstimmung
5 LDK ohne Ergebnis
6 Finanzen des KV
7 Grüne kämpfen für Stadtbahn zum Zoo
8 Rätsel
8 Termine

AGENDA 2010

Sozial ist nicht egal!

Mit der AGENDA 2010 macht die rot-grüne Bundesregierung nicht nur den Versuch, wie bereits in der ersten Wahlperiode, den katastrophalen Fehlstart in die Legislaturperiode durch einen Neustart zu korrigieren. Sie verspricht auch, die gravierende Wachstumsschwäche und die stetig steigende Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen. Ein doppelter Münchhausen sozusagen: sich selbst und die Gesellschaft am eigenen Schopfe aus dem Sumpf ziehen.
Von Pico Jordan, Sozialdezernent der Region Hannover und Mitglied im KV Hannover-Stadt.

Den Sozialstaat für die folgenden Generationen fit machen - auch darum geht es bei der Agenda 2010

Unterm Strich ist heute schon klar: nach der AGENDA 2010 ist vor der nächsten Operation am Patienten Sozialstaat. Sollte dieses Paket, in welcher Form auch immer verabschiedet sein, werden wir trotzdem auf dem Arbeitsmarkt einen schwierigen Sommer und einen Winter mit Zahlen von 5 und mehr Millionen Erwerbslosen erleben mit allen dramatischen Folgen für Staats- und Sozialkassen. Das spricht nicht gegen die Agenda, ist eher dem Wirkungstempo geschuldet.

Der nächste Winter wird auch spätestens der Zeitpunkt sein, wo mit dem nächsten rhetorischen Kraftakt mindestens die Mehrwertsteuer saftig erhöht wird, ein demographischer oder demagogischer Faktor bei den Renten eingeführt wird usw.

Wenn man das ahnt, dann sollte dies auch heute gesagt werden. Diese Ehrlichkeit ist für rot-grün überlebenswichtig. Der Eindruck, von Krise zu Krisenmaßnahme zu stolpern, darf sich nicht weiter verfestigen. Und es ist genauso notwendig, zu beschreiben, was an Notmaßnahmen und was an struktureller Neuausrichtung sich hinter den einzelnen Spiegelstrichen verbirgt – statt mit großen Worten teils doch sehr kleine Brötchen anzupreisen.

Spiegelstrichkanonade

Diese Spiegelstrichkanonade des Kanzlers ist zum Teil tatsächlich so blutleer wie er sie im Bundestag vorgelesen hat. Und das macht einen erheblichen Teil der Verunsicherung der eigenen Gefolgschaft aus. Viele einzelne Maßnahmen sind zustimmungsfähig, doch einige notwendige Schritte und die Klarheit und Deutlichkeit der Perspektiven fehlen.

Wäre ein solcher Katalog von einer im Herbst 2002 siegreichen CDU/FDP-Regierung vorgelegt worden, hätten die beiden jetzigen Regierungsparteien mit an der Spitze des Widerstandes gestanden. Dies sagt wenig über die AGENDA 2010 aus, viel über die Lernfähigkeit von Oppositionsparteien und über das politische Geschäft.

Eine zweite Behauptung: diese verschiedenen Maßnahmen stellen den Sozialstaat nicht in seinen Grundfesten in Frage. Wer sich in

Fortsetzung: Seite 2

Liebe Freundinnen und Freunde!

Nach langer Zeit haltet ihr heute wieder eine Ausgabe des grübl, Mitteilungsblatt der Grünen in Hannover-Stadt, in den Händen. Wegen der Wahlkämpfe der letzen Monate und der reduzierten Personalkapazität in der Geschäftsstelle im Kreisverband (siehe hierzu den Artikel von Sabine Tegtmeyer-Dette) war die Erstellung eines grübl nicht zu schaffen. Dies bitten wir zu entschuldigen.

Auch dieser grübl ist mit heißer Nadel gestrickt, da wir euch möglichst schnell über die aktuellen Diskusionen und die geplante Mitgliederversammlung zur Satzungsreform im Kreisverband informieren wollten.

Für dieses Jahr planen wir jedoch eine Überarbeitung des grübl und wieder eine regelmäßige Erscheinungsweise. Dies kann jedoch nur ein Erfolg werden, wenn wir auch von euch Beiträge für den grübl bekommen. Hierzu müsst ihr euch nur im Büro melden (0511 32 33 14, mail@gruene-hannover.de).

Etwa wöchentlich erscheint zudem unser Newsletter, den alle Mitglieder bekommen, die von uns Post per Mail erhalten. An dieser Stelle noch mal die Bitte, uns eure Mail Adressen mitzuteilen, solltet ihr auch künftig Post per Mail erhalten wollen und den wöchentlichen Newsletter. Ihr helft uns damit erheblich Porto zu sparen und seid selber besser informiert.

Wir hoffen, dass ihr in den letzten Wochen trotz der grübl-Pause gut informiert ward und dass wir die Informationen gemeinsam in der nächsten Zeit noch weiter ausbauen.

Enno Isermann
Geschäftsführer

Pico Jordan

Europa umsieht, wird sehen, dass vieles an Einschnitten und dramatischen Veränderungen möglich ist, ohne dass damit die Sozialstaatlichkeit dieser Länder in Frage gestellt werden darf. Die alte Leier, Einschnitte würden das System kaputt machen ist absurd. Keine Einschnitte würden nämlich das System zerstören. Mindestens zwei Wahrheiten gibt es über den Sozialstaat: die eine, dass er eine wesentliche Voraussetzung für Demokratie und humanes Wirtschaften ist. Und die andere: dass er dort, wo er Geld kostet, vom Erwirtschafteten finanziert werden muss. Bei den Reformen kann sich die Regierung zumindest auf die in Umfragen geäußerte Einsicht großer Teile der Bevölkerung stützen. Wie weit diese allerdings trägt, geht es an die Realisierung, hängt ganz wesentlich davon ab, ob die Bürger Vertrauen in die Wirkung der Maßnahmen haben und ob sie eine halbwegs gerechte Lastenverteilung sehen.

Grüne Ziele

Hier scheint es mir besonders grüne Aufgabe, die notwendigen Überschriften und Ziele stärker zu formulieren teils auf der Grundlage längst gefundener grüner Positionen, teils in notwendiger Weiterentwicklung. Dies sollte durchaus auch in Abgrenzung zu den verschiedenen Teilen der SPD geschehen. Nur zur Garnierung sozialdemokratischer Zerstrittenheit auf der einen und verdeckt großkoalitionärer Realpolitik auf der anderen Seite sollten sich Grüne zu schade sein.

Zum ersten: das bisherige Sozialstaatsversprechen, mit Hilfe von Renten- und Arbeitslosenversicherung eine gewisse Wohlstandsgarantie zu geben, ist definitiv am Ende. Und das sollte auch endlich gesagt werden. Man kann Rentenformeln ändern, Ökosteuern erhöhen, Norbert Blüm und Walter Riester gemeinsam zu Arbeitsministern machen: wenn wir es schaffen, über die Rentenversicherung in Zukunft eine Grundsicherung, nicht mehr und nicht weniger, im Alter zu erhalten, dann ist viel geschafft. In der Arbeitslosenversicherung sind ja schon in den letzten Jahren Maßnahmen eingeleitet, die den Erwerbslosen Erhebliches abverlangen: mehr Flexibilität, mehr Mobilität, schnellerer Statusverlust. Eine ausreichende Grundsicherung, die genügend Anreize zur Aufnahme auch geringer vergüteter Arbeit bietet, nach Auslaufen der Arbeitslosenversicherungsleistung ist die eine Notwendigkeit.

Die andere ist, und da sollte endlich von Grünen Klartext geredet werden nicht nur für Ostdeutschland: der Aufbau eines sozialen Beschäftigungssektors, bei dem aus den Fehlern von ABM und anderen Ansätzen des 2. Arbeitsmarktes gelernt wird, so dass Vorrang und die Orientierung am 1. Arbeitsmarkt erhalten bleiben, die Entlohnung sich zwischen Grundsicherung und niedrigen Einkommen regulärer Beschäftigungsverhältnisse orientiert. Die regierungsamtliche Hartz-Rhetorik ist mittlerweile kaum mehr auszuhalten und gerät in immer krasseren Widerspruch zur Realität: die Behauptung, mit einer Optimierung der Vermittlung und einer Erhöhung des Drucks auf Erwerbslose ließe sich Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen (Fördern und Fordern) stimmt halt nur zum (geringen) Teil. Egal, wie flexibel die Leute sich verhalten – am Schluss fehlen immer noch jede Menge Jobs.

Doch genauso, wie es gilt, denen, die auf funktionierende Sozialversicherungssysteme angewiesen sind, deutlich zu sagen, was man für leistbar und notwendig hält, ist es notwendig, die Zahl derer, die diese Systeme tragen, zu erweitern. Es müssen konkrete Schritte in der AGENDA 2010 eingefordert werden in Richtung Bürgerversicherungen. Wir Grüne wissen, dass große Teile der mit uns sympathisierenden Mittelschicht bereit sind, ökologische und soziale Verantwortung zu übernehmen. Sie sind gewinnbar für das Projekt der Bürgerversicherungen, d.h. der Einbeziehung von Gutverdienenden, Beamten und Selbständigen in die Sozialversicherungssysteme, vorrangig die Krankenversicherung, wenn Sie merken, dass diese Systeme modernisiert werden. Das Kanzlerwort zur Absicherung von Privilegien und der Weiterexistenz der privaten Krankenversicherungen ist weder hinnehmbar noch besonders weitsichtig. Wer von denen, die den Sozialstaat mehr als andere benötigen, jetzt und auch in Zukunft Opfer wie z.B. die Eigenfinanzierung von Krankengeld verlangt, der wird doch wohl so „mutig" sein und dem Mittelstand erklären, dass auch sein Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten und damit zu mehr Beschäftigung führen wird.

Nun noch zwei Vorschläge, durch Ergänzung der Spiegelstriche weitere Wirkungen zur Senkung der Lohnnebenkosten und zur direkten Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu erzielen:

Erbschaftssteuer

Zum ersten eine kräftige Anhebung der Erbschaftssteuer auf das Niveau z.B. von Ländern wie der USA und ein Einsatz dieser Gelder zur Teil-Finanzierung der Pflegeversicherung. Damit würde die Nebenwirkung der Pflegeversicherung als Vermögensschutz- und damit Erbenschutzversicherung die notwendige Korrektur erfahren und auch dieser neue Sozialversicherungszweig könnte einen Beitrag zur Senkung der Lohnnebenkosten leisten.

Ausbildung

Zum zweiten, nicht als Drohung gegenüber der Wirtschaft, sondern als notwendiges Angebot an die Wirtschaft, die Einführung umlagefinanzierter betrieblicher Ausbildung. Angesichts der Ertragslage und anderer betrieblicher Faktoren geht die Zahl der Ausbildungsplätze stetig zurück, obwohl der Bedarf an qualifizierten MitarbeiterInnen nach wie vor vorhanden ist. Das jeweilige betriebliche Verhalten führt in der Summe nicht mehr zu dem wirtschaftlich nötigen Umfang an Ausbildung, gleichzeitig ist der soziale Skandal ausgegrenzter junger Menschen sozialstaatlich völlig inakzeptabel. Es ist also eher pragmatische Notwendigkeit, branchenbezogen umlagefinanzierte Erstausbildungen zu fördern. Die alte eher klassenkämpferische Diktion der „Ausbildungsabgabe" (böser Kapitalist bildet zuwenig aus, also wird er bestraft und gleich auch noch statt betrieblich überbetrieblich ausgebildet) ist überholt, sie schadet dem Anliegen mehr als sie nutzt.

Die AGENDA 2010 ist nicht nur verbesserungsbedürftig, sie ist auch verbesserungsfähig. Gerade Grüne sollten die Stimme laut erheben. Sie braucht mehr Klarheit in den Zielen des Sozialstaatsumbaus wie mit Grundsicherung und Bürgerversicherung beschrieben. Und sie braucht dringend Ergänzungen im konkreten Maßnahmekatalog, wie hier mit der Etablierung eines sozialen Beschäftigungssektors, der spürbaren Anhebung der Erbschaftssteuer und einer umlagefinanzierten Berufsausbildung beispielhaft beschrieben.

Der Irak Krieg und seine Folgen

Bilanz eines Krieges

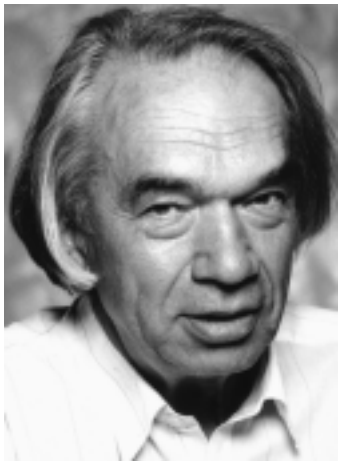
Wir waren gegen diesen Krieg. Und trotzdem stehen wir jetzt vor den Trümmern europäischer transatlantischer Außenpolitik. Ein Beitrag von Helmut Lippelt, ehemaliger Außenpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion und Mitglied im Kreisverband Hannover-Stadt.

Wir wollten Saddam Hussein friedlich seine Massenvernichtungswaffen abnehmen und deshalb die Mission der UN-Inspektionsteams verlängern, solange diese brauchten. Und heute finden selbst nach einem militärischen Sieg die US-Suchtrupps keine solchen. Hat Saddam sie kurz zuvor noch selbst beseitigt und war nur zu stolz und zu unklug, dies der UNMOVIC noch früh genug anzuzeigen?

Stattdessen erleben wir Iraker, die in den Verliesen und Folterkammern des Regimes nach dem Verbleib ihrer verschwundenen Angehörigen suchen und schließlich die Erde der Stätten umwühlen, wo sie verscharrt sind: mehr als 1000 Leichen politischer Häftlinge in der Nähe des Hauptgefängnisses in Bagdad, erste Massengräber bei Kirkuk, mehr als 185 000 umgebracht nach den Aufständen 1991, mehr als 1 Million Opfer des Regimes insgesamt.

Der Krieg hat viele Fragen hinterlassen, und eine sich täglich verändernde Bewertung. So schreibt H.M.Enzensberger (FAZ,15.4.): „Eine der wenigen tiefen Freuden, welche die Geschichte bereithält, ist das Ende eines Gewaltherrschers", und er zählt sie auf von Hitler bis Saddam. Und er kritisiert die Friedensbewegung wegen ihres überheblichen Moralismus und ihrer Blindheit gegenüber den Menschenrechtsverletzungen Saddams, und überschreibt den Artikel mit „Blinder Frieden".

Und in einem ersten Interview mit vor dem Krieg evakuierten UN-Waffeninspektoren sprachen diese von einer deutschen Mitschuld am Kriege. Denn jede Forderung nach einer friedlichen Lösung aus Europa habe im Irak sofort zu einer Versteifung der dortigen Haltung und zu einer Schwächung der Position von UNMOVIC geführt (Die Zeit, 27.3.).



Helmut Lippelt

Aber gegen Enzensberger mahnt Habermas: "Verschließen wir nicht die Augen vor der Revolution der Weltordnung: Die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern". Und das ist gewiss richtig. Versuchen wir die Fragen etwas zu ordnen:

1. Eine internationale Friedensordnung durch Wiederherstellung der Internationalen Rechtsordnung oder deren Garantie durch die Supermacht USA (pax americana)?

Die meisten Bewohner des „alten Europas" werden die UN unterstützen, Recht vor Macht setzen wollen, vielleicht mit der Ausnahme von Politikern wie Angela Merkel und Friedbert Pflüger, deren außenpolitische Vorstellungen sich darin erschöpfen, den USA zu folgen.

Doch bedeutet das nicht, die UN gegen die USA auszuspielen. Als im August vorigen Jahres Colin Powell gegen Rumsfeld und Cheney Bush dafür gewann, erst vor die UN zu gehen, haben wir alle begrüßt, dass die USA bereit war, sich multilateral einzuordnen.

Als dann Bush der UN die ca.18 UN-Sicherheitsrats-Resolutionen vorhielt, die Saddam alle straflos gebrochen habe, kam es zum Kompromiss der einmütig verabschiedeten Resolution 1441, in der Saddam bei Nichterfüllung „ernsthafte Konsequenzen" angedroht wurden. Über die Interpretation dieses Wortes kam es zum Bruch zwischen den USA und den UN, den USA und Deutschland/Frankreich, dem „alten Europa" und dem „neuen Europa". Selbst jemand wie Colin Powell, der Befürworter des Multilateralismus in der Bush-Regierung, fühlte sich durch die Veto-Androhung Frankreichs über den Tisch gezogen, hatte er doch den französischen Außenminister sehr deutlich auf die amerikanische Interpretation von „ernsthaften Konsequenzen" aufmerksam gemacht. Und andererseits fühlen insbesondere die EU-Erweiterungsländer wie Polen ihre Sicherheit besser gewährleistet durch die USA als durch einen UN-Sicherheitsrat, in dem die USA durch Russland blockiert werden kann.

So notwendig der Einspruch Deutschlands und Frankreichs gegen das eigenmächtige Vorgehen der USA war, der Gegensatz wird überwunden werden müssen, auch um eine gemeinsame europäische Außenpolitik zu ermöglichen.

2. Massenvernichtungswaffen und Menschenrechtsverbrechen.

Die USA zogen in den Krieg, um die Gefahr von Massenvernichtungswaffen in der Hand von Saddam zu beseitigen. Sie fanden bisher keine. Aber sie fanden genügend Spuren und werden die Geschichte des Versteckspiels rekonstruieren können. Schlimm ist, dass sie bisher nicht bereit sind, die bisherigen UN-Inspekteure wieder ins Land zu lassen. So wird es ihren eigenen Inspekteuren an Glaubwürdigkeit mangeln. Das werden sie noch begreifen. Stattdessen kommt jetzt das Ausmaß der Verbrechen Saddams gegen die eigene Bevölkerung zum Vorschein. Und daraus ergeben sich wiederum viele Fragen, z.B. an die Amerikaner und ihre Verbündeten im ersten Golfkrieg, zu denen damals auch Frankreich, Ägypten, Syrien gehörten: Hätten sie nicht doch durchmarschieren sollen bis Bagdad?

Wie viel Leid wäre den Menschen im Irak erspart geblieben. War es nicht ein falscher Begriff von regionaler Stabilität, weshalb vor allem die arabischen Verbündeten und die Türkei Saddam lieber weiter an der Macht halten wollten? Aber Fragen auch an uns: waren wir nicht so entschieden gegen den Krieg, der übrigens damals von den UN beschlossen und gebilligt wurde, weil Saddam ein UN-Mitgliedsland überfallen hatte gegen jedes internationale Recht. Und was war unser Vorschlag? Sanktionen! Kein Land sei doch so einfach zu blockieren gewesen wie Irak. Heute wissen wir, dass ein solcher Diktator sich eher Paläste baut und Waffen kauft und seine Leute umbringt, wenn sich Widerstand meldet. Und wir wussten, dass die dann nach dem ersten Golfkrieg von den UN

Fortsetzung: Seite 4

verhängten Sanktionen zu einer hohen Kindersterblichkeit führten, aber der Diktator lieber weiter Paläste baute….

3.Wie weiter?

Nach der Eroberung Bagdads drohte der unsägliche Rumsfeld sogleich den Nachbarn Syrien und Iran. Die Befürchtung, dass es mit der Neuordnung des Nahen Ostens im Sinne der Pax Americana gleich weiter gehen würde, lag auf der Hand. Inzwischen hat sich aber Powell wieder durchgesetzt. Und was oft übersehen wird: zum Krieg gegen den Irak hatte Bush die Ermächtigung des Kongress. Für weitere Schritte hat er sie nicht. Entscheidend wird vielmehr werden, ob die USA endlich sich mit Priorität im Israel/Palästina-Konflikt engagieren, und wie sie es tun. Die Politik ist seit einem Jahr ausgearbeitet: die USA, die UN, die EU und Russland haben „das Quartett" gebildet zur diplomatisch-politischen Intervention in diesen Konflikt, die sogenannte „road map", d.h. eine Folge der zur Lösung der Krise einzuleitenden Schritte ist ausgearbeitet, die Palästinenser haben dem autoritären Arafat die Bildung einer dem eigenen Parlament verantwortlichen Regierung abgerungen. Alles kommt jetzt darauf an, wie die USA sich zu Sharon verhält: Wird sie ihn in die Schranken weisen und ihn zur Auflösung der Siedlungen zwingen, oder wird sie seinen Wünschen weiterhin nachgeben?

4.Und Europa?

Immer deutlicher ist geworden, dass das einzige Gegengewicht gegen einen Vormachtanspruch der USA von einem einigen Europa als zuverlässiger Stütze der UN gebildet werden kann. Aber das sollte nicht militärisch verstanden werden. Deshalb ist der französisch-deutsch-belgisch-luxemburgische Gipfel Unsinn. Die Militärausgaben der USA liegen höher als die der 9 Staaten mit den danach höchsten Ausgaben zusammengerechnet. Deshalb ist es falsch, auf diesem Gebiet konkurrieren zu wollen. Andererseits deutet sich schon an, dass die USA im Irak in politische Probleme hineingerät. Sie wird der politischen Hilfe des „alten Europas" bedürfen. Lösen wir zunächst die wichtigste Aufgabe: Überwinden wir die Trennung, die sich in Europa aufgetan hat.

Satzungsreform im Kreisverband

Modernisierung des Kreisverbandes

Sollten wir nach dem Debakel auf Landesebene nicht lieber die Finger von einer Satzungsänderung auf Kreisverbandsebene lassen? Die Frage liegt nahe. Der Vorstand hat sich dennoch entschlossen, die Satzungsreform weiter voranzutreiben.
Von: Barbara Rottmann, Vorsitzende, Kreisverband Hannover-Stadt

Barbara Rottmann

Eine LDK ist nicht mit einer Mitgliederversammlung zu vergleichen, ein Landesverband nicht mit einem Kreisverband. Wir können die Diskussionen im Vorfeld intensiver führen und auf Änderungsvorschläge flexibler eingehen. Welcher Kreisverband sollte es in Niedersachsen schaffen, die Satzung zu modernisieren, wenn nicht unserer.

Wir wissen, dass es auch hier manchem schwer fällt, sich mit der Strukturreform auseinander zu setzen.

Wir GRÜNEN haben uns immer von den anderen Parteien angenehm abgehoben. Basisdemokratie und Frauenförderung standen bei uns immer an erster Stelle.

Nun soll auf einmal alles anders werden, wird befürchtet. Wir werden eine ganz „normale" Partei wie andere auch. Hand auf's Herz, stimmt das denn?

Wovor haben wir Angst? Misstrauen wir unserer eigenen Mitgliederversammlung, weise Beschlüsse zu fassen? Glauben wir wirklich, dass nach einer Satzungsänderung nur noch Männer auf Jahre hin Positionen besetzen? Die Basisdemokratie wird nicht abgeschafft. Welche Personen wir wählen und wie häufig wir sie in einem Amt bestätigen, das liegt doch an uns.

Wir sehen als Vorstand in einer Reform Erfolgschancen. Deshalb wünschen wir uns eine offene und intensive Diskussion im Vorfeld. Wir können aus dem Verlauf der LDK lernen. Wer zwingt uns, gleich alles umzukrempeln. Wir sind mit unseren Vorschlägen als Vorstand flexibel und würden gerne Änderungswünsche mit Euch diskutieren.

Deshalb bieten wir am 22. Mai um 19.00 ein Diskussionsforum im Senior-Blumenberg-Gang an.

Satzungsänderungen im Detail

Zum Teil sind die Änderungsvorschläge notwendig auf Grund der veränderten politischen Strukturen. So mussten die Regionsabgeordneten bzw. die Regionsversammlung mit eingearbeitet werden. Zum Teil ergeben sich auch Änderungen, weil sich in der Praxis gezeigt hat, das die Regelungen überflüssig waren, wie z.B. §4 zur freien Mitarbeit.

Von größerer Bedeutung sind folgende Änderungsvorschläge:

Zusammensetzung des Vorstands: Wir schlagen vor, anstatt der *Doppelspitze* in Zukunft nur noch eine(n) Vorsitzende/n und eine(n) Stellvertreter/in zu wählen. Diese Regelung halten wir für praktikabler und in der Außenwirkung sinnvoller als die bisherige Regelung. Presse und Personen anderer Organisationen suchen einen Ansprechpartner und nicht zwei. Manchmal muss schnell mit einer Stellungnahme reagiert werden. Die Presse nimmt dann in der Regel Kontakt zu einer Person auf. Die dann erforderlichen Absprachen können hemmend wirken. Der Vorteil der/des Stellvertreterin/Stellvertreters besteht darin, dass auch politische Neulinge eingearbeitet werden können, um diese Funktion später zu übernehmen.

Bisher waren *MandatsträgerInnen* ausgeschlossen. Wir halten es wegen einer besseren Vernetzung aber für sinnvoll, auch hier eine Öffnung zu haben. Der Informationsfluss zwischen Rats- und Regionsfraktion sowie dem Vorstand muss jetzt über gesonderte Termine laufen. Wenn aus den Fraktionen ein Mitglied im Vorstand wäre, würde dies eine Arbeitserleichterung bedeuten. Es muss allerdings verhindert werden, dass die Mandatsträger im Vorstand in der Überzahl sind.

Quotierung der Redelisten bei Mitgliederversammlungen, das heißt, dass Männer und Frauen, wenn möglich abwechselnd reden, hat sch bewährt. Wir schlagen daher in unserem neuen Antragsentwurf vor, diese beizubehalten. Nicht bewährt hat sich jedoch die strenge Auslegung, dass Schluss der Debatte sein soll, wenn keine Frau mehr auf der Redeliste steht. Wir schlagen daher vor, dies zu streichen. Es hat sich in der Praxis gezeigt, dass dies eher hinderlich für die Diskussion ist.

Rotation – ja oder nein; Der Vorstand stellt die Abschaffung der Rotation zur Diskussion. Sie sollte ein Instrument sein, um „Platzhirsche" wie in anderen Parteien zu verhindern. Nun nominiert immer noch die Mitgliederversammlung unsere Kandidat/innen. Es ist die Frage, ob wir eine starre Regelung über die Satzung brauchen oder das nötige Selbstbewusstsein haben, die richtigen Personen zu wählen.

Satzungsreform sollte kein Unwort werden, sondern Innovation bedeuten.

Wir freuen uns auf eine fruchtbare Diskussion.

Diskussionsforum

Zur Vorbereitung der Mitgliederversammlung zur Satzungsreform im Kreisverband.

Am: Donnerstag, 22.5., 19.00 Uhr

Senior-Blumenberg-Gang 1

Infos im Büro:
Tel.: 32 33 14,
mail@gruene-hannover.de

Trennung von Amt und Mandat?

Urabstimmung

In diesen Tagen habt ihr alle vom Bundesverband die Unterlagen für die Urabstimmung bekommen, mit der wir klären wollen, ob maximal ein Drittel des Bundesvorstandes künftig auch ein Mandat haben darf. Damit wird den Mitgliedern eine Frage zur Entscheidung vorgelegt, die zuvor auf zwei Bundesdelegiertenkonferenzen (BDK) knapp an der für Satzungsänderungen auf BDKen nötigen 2/3 Mehrheit gescheitert ist.
Ein Statement des Vorstandes Hannover-Stadt

Auch wir als Kreisvorstand wollen euch zu dieser Frage unsere Meinung zur Entscheidungsfindung mit auf den Weg geben. Auf mehreren Mitgliederversammlungen haben auch wir uns mit dieser Frage beschäftigt. Zuletzt hat die Mitgliederversammlung am 15.10.2002 zur Vorbereitung der BDK in Bremen mehrheitlich beschlossen, dass wir uns als Kreisverband sogar für eine komplette Streichung der Trennung von Amt und Mandat einsetzen wollen. Grundlage dafür war ein Antrag des Kreisverbandes Hamburg-Altona, der die positiven Erfahrungen mit der Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat in Hamburg aufgegriffen hat.

Die jetzt vom Bundesvorstand vorgeschlagenen Formulierung sieht einen deutlich abgeschwächten Kompromiss vor, der nur zwei Mitgliedern des Bundesvorstandes ein Mandat in einem Landtag, Bundestag oder Europaparlament ermöglicht. Diese dürfen keine Fraktionsvorsitzende oder MinisterInnen sein.

Wir halten diesen Kompromiss nicht für weitgehend genug, aber mit Blick auf die Diskussionen im Bundesverband für richtig. Dies ermöglicht die positiven Effekte der Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat zu nutzen, ohne das eine zu starke Machtanhäufung bei MandatsträgerInnen befürchtet werden müsste.

Die positiven Effekte einer Aufhebung von Trennung von Amt und Mandat sind unserer Meinung nach vor allem:

- eine erhebliche Stärkung des Vorstandes, wenn dieser auch in den zentralen politischen Gremien, wie dem Bundestag in der Diskussion eingebunden ist und dort auch mitreden kann;
- eine bessere Vernetzung der verschiedenen Ebenen in der Partei;
- eine bessere öffentliche Wahrnehmbarkeit des Vorstandes und damit eine bessere Vermittlung grüner Politik;
- eine bessere Auswahlmöglichkeit bei der Wahl des Bundesvorstandes, indem nicht von vorneherein ein großer Teil guter Grüner von der Wahl zum Bundesvorstand ausgeschlossen werden.

In diesem Sinne fordern wir euch alle auf, sich an der Urabstimmung zu beteiligen (Einsendeschluss ist der 13. Mai 2003) und empfehlen euch, der teilweisen Aufhebung der Trennung von Amt und Mandat zuzustimmen.

Mehr Infos auch im Internet unter www.gruene.de

Bericht vom Landesparteitag (LDK) am 29.03 in Hannover

LDK ohne Ergebnis

Der große Wurf sollte gelingen: eine Satzungsänderung auf Landesebene, die die Strukturen unserer Partei erheblich verändern würde. Eine Mehrheit gab es jedoch für keinen Antrag, und die Delegiertenkonferenz wurde ergebnislos abgebrochen.
Ein Bericht von Barbara Rottmann, Vorsitzende des Kreisverbandes Hannover-Stadt

Auf der Tagesordnung standen u.a. Änderungsvorschläge zu der Zusammensetzung und der Amtszeit des Landesvorstandes, zu der Einrichtung eines Parteirates, zur Rotation und Umbenennung der LDK.

Dass die Umsetzung der Satzungsreform nicht einfach werden würde, wurde in den der LDK vorangegangenen Diskussionen und an der Anzahl der Änderungsvorschläge aus den verschiedenen Kreisverbänden deutlich.

Auch das Abstimmungsverfahren stellte sich nicht einfach dar.

Die zu den Vorschlägen des Landesvorstands (LAVO) eingegangenen Änderungsanträge beinhalteten nicht nur Reformen in Richtung einer Modernisierung, sondern sahen zum Teil noch eine Verschärfung der bisherigen in der Satzung festgeschriebenen Regelungen vor. Darüber hinaus musste auch die Meinung derjenigen Delegierten berücksichtigt werden, die überhaupt keine Satzungsänderung wollten.

Um eine geordnete Abstimmung zu gewährleisten, holte das Präsidium zu Beginn eines jeden neuen Satzungsvorschlags ein Meinungsbild ein, ob eine Satzungsänderung überhaupt gewünscht wird und wenn ja, in welche Richtung.

Aber schon der erste Antrag – Abschaffung der Doppelspitze und Verkleinerung des Vorstandes – scheiterte. Der nach vorherigen Abstimmungen übrig gebliebene Antrag, der eine Quotierung bei Vorsitzender(m) und Schatzmeister/in vorsah, verpasste die Zweidrittelmehrheit um sechs Stimmen.

Damit schienen auch alle weiteren Anträge keine Mehrheit zu bekommen. Als auch die Verlängerung der Amtszeit des LAVO scheiterte, zog der Landesvorstand im ersten Schritt seine eigenen Anträge zurück. Im zweiten Schritt trat nach einer Unterbrechung der Sitzung der Landesvorstand geschlossen zurück. Die LDK musste abgebrochen werden.

Grüne reformunfähig?

Wer Fehler gemacht hat oder wo etwas falsch gelaufen ist, kann nur Spekulation sein.

Lag es daran, dass der LAVO wenig Kompromissbereitschaft zeigte, indem er nicht Änderungsanträge anderer Kreisverbände in den eigenen Antrag integrierte? Oder zugunsten eines anderen Antrags sogar verzichtete? Oder ist eine LDK einfach von der Größenordnung her nicht in der Lage, flexibel auf die Situation zu reagieren?

Nach den eingeholten Meinungsbildern war der Reformwille durchaus da.

Vielleicht stimmt auch, was im Nachhinein gemunkelt wurde – nach dem Abstimmungsdebakel gleich des ersten Reformvorschlags zur Zusammensetzung des Landesvorstands sollte auch alles andere scheitern.

Oder war es die Stimmung nach der Demonstration gegen den Irak-Krieg, weil keiner mehr Lust hatte sich mit Satzungsfragen zu befassen? Vor allem, nachdem im Vorfeld schon darüber nachgedacht worden war, die LDK wegen des Kriegsausbruchs zu vertagen.

Die Stimmung nach dem Abbruch der LDK macht vielleicht die Äußerung einer Delegierten beim Verlassen der Tagungsgsstätte deutlich, die nicht ohne Selbstironie meinte: "Gegen einen Krieg demonstrieren können wir immerhin noch."

Mehr Infos unter www.gruene-niedersachsen.de

Sabine Tegtmeyer-Dette

Der Kreisverband muss sparen und Einnahmen steigern

Finanzen des KV

Auf der Jahreshauptmitgliederversammlung am 22.März 2003 wurde sowohl der Jahresabschluss 2002 zur Kenntnis genommen als auch der Haushaltsplan für das Jahr 2003 beschlossen. Dabei sind, trotz einer sehr sparsamen Haushaltsführung in 2002, erhebliche Einschnitte nötig.
Ein Überblick von Sabine Tegtemeyer-Dette, Schatzmeisterin

Abschluss 2002

Im Jahr 2002 hat der Kreisverband einen Überschuss in Höhe von 297,92 Euro erwirtschaftet. Damit haben wir ca. 19.000 Euro weniger verbraucht als der verabschiedete Haushalt für 2002 vorsah. Bei den Einnahmen haben wir im Vergleich zum Plan beinahe eine Punktlandung geschafft: 184.440 Euro sah der Plan vor, 177.040 Euro haben wir tatsächlich eingenommen.

Ausgaben waren im Haushalt in Höhe ca. 200.000 Euro veranschlagt; tatsächlich haben wir nur 175.000 Euro ausgegeben. Eingespart haben wir im Vergleich zum Plan insbesondere im Bereich politische Arbeit (9.000 Euro weniger Ausgabe als veranschlagt) und bei den Wahlkampfausgaben (38.000 Euro statt 51.000 Euro). Beim Bundestagswahlkampf haben wir von der Unterstützung durch den Bundesverband – zum Beispiel bei der Veranstaltung mit Joschka Fischer – profitiert. Beim Landtagswahlkampf haben einige zentrale Veranstaltungen des Landesverbandes in Hannover unseren Wahlkampfetat entlastet. Insgesamt konnten wir trotz eines guten Wahlkampfes unsere Rücklagen schonen.

Haushalt 2003

Mit der Sparsamkeit in 2002 sind unsere Anstrengungen leider nicht zu Ende. In der mittelfristigen Betrachtung zeigt sich, dass wir 2006 den Kommunalwahlkampf nicht mehr ohne die Aufnahme von Krediten finanzieren können, wenn wir unsere Einnahmen nicht deutlich erhöhen oder die Ausgaben stark vermindern. Der Vorstand hat der Mitgliederversammlung eine mittelfristige Planung vorgelegt, die die Positionen des Haushaltes 2002 im wesentlichen fortschreibt und aus der diese Entwicklung deutlich wird.

Sparen

Um auch in den nächsten Jahren noch politische Arbeit und Wahlkämpfe machen zu können, hat der Vorstand deshalb der Mitgliederversammlung vorgeschlagen, die personelle Ausstattung des Kreisverbandsbüros zu reduzieren. Bis 2005 einschließlich wird Enno Isermann zukünftig das Kreisverbandsbüro weitgehend alleine betreuen und nur stundenweise Unterstützung bekommen. Glücklicherweise müssen wir niemanden entlassen, da Jeanette Weinrich nunmehr im Wahlkreisbüro unserer Bundestagsabgeordneten Silke Stokar arbeitet.

Ihr werdet sicher bei der einen oder anderen Gelegenheit die verminderte Besetzung des Büros zu spüren bekommen. Wenn Enno krank oder in Urlaub ist, wird das Büro zukünftig nicht besetzt sein. Wir alle müssen also wieder etwas mehr eigene Aktivitäten entfalten und können nicht immer auf das Büro zurück greifen. Der Vorstand hat in Anbetracht der finanziellen Situation keine andere Möglichkeit gesehen.

Mit dieser Maßnahme, die von der Jahreshauptmitgliederversammlung gebilligt wurde, haben wir einen Haushalt verabschiedet, der Einnahmen in Höhe von 175.000 Euro vorsieht und Ausgaben in Höhe von 165.000 Euro beinhaltet. Damit werden wir auch dieses Jahr unser ausgesprochen kleines Vermögen von 40.000 Euro auf 50.000 Euro erhöhen und so beginnen, die notwendigen Rücklagen für den Kommunalwahlkampf in 2006 anzusparen. Ohne größere Einbrüche werden wir auf diese Weise für 2006 einen Etat in Höhe von 100.000 Euro für den Kommunalwahlkampf erwirtschaften. Dass das nicht sehr viel ist sieht man im Vergleich zu 2001: In diesem Jahr wurden für den Kommunalwahlkampf 117.000 Euro ausgegeben. Also wird der Etat trotz der vorgeschlagenen Einsparungen sehr knapp ausfallen.

Der Vorstand hat sich vorgenommen, die Möglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen zu prüfen. So werden dieses Jahr alle Mitglieder angeschrieben, die einen unterdurchschnittlichen Mitgliedsbeitrag zahlen, und gebeten, die Höhe ihres Beitrages zu überprüfen.

Mit eurer Hilfe Einnahmen steigern

Ihr alle könnt dazu beitragen, dass der Kreisverband in seiner Handlungsfähigkeit nicht eingeschränkt wird. Viele Mitglieder haben ihren Beitrag trotz gestiegenem Einkommen länger nicht angepasst. Bitte seht einmal nach, ob Eure Einzugsermächtigung oder Euer Dauerauftrag tatsächlich über einen Betrag lautet, der dem satzungsgemäßen Beitrag in Höhe von 1% vom Nettoeinkommen entspricht. Und dann gibt es doch tatsächlich noch ein paar Mitglieder, die letztes Jahr gar keinen Mitgliedsbeitrag gezahlt haben! Das kann jederzeit gerne nachgeholt werden.

Einzugsermächtigung einrichten oder Beitrag erhöhen?

Einfach im Büro anrufen oder mailen:
Tel.: 0511 32 33 14, Mail: mail@gruene-hannover.de
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens!

Spenden?

Bündnis 90/Die Grünen
Kontonummer: 8 451 100
Bankleitzahl: 251 205 10, Bank für Sozialwirtschaft

Den ausführlichen Haushalt könnt ihr im Büro anfordern.

Trick 17" spart nach Berechnungen der Regionsverwaltung jährlich etwa 330 000 Euro an Betriebskosten beim ÖPNV. Die Gründe: Busse fahren keine Umwege mehr und das Fahrgast-Aufkommen auf der Zoostrecke wird durch die neue Stadtbahn deutlich steigen. Sie fährt im Unterschied zur alten Zoobahn nicht nur bis zum Klagesmarkt, sondern bis nach Ricklingen und erreicht damit deutlich mehr Fahrgäste. Hinzu kommt: Die derzeit zum Zoo verkehrenden Busse der Linien 128 und 134 haben im Vergleich zur alten Zoobahn rund 40 Prozent der Fahrgäste verloren. Durch Trick 17 wird das Angebot an Bussen und Bahnen besser, gleichzeitig sinken die Kosten. Wer kann da eigentlich etwas dagegen haben? Nun, in der Politik sieht es häufig anders aus: Selbst sinnvolle Konzepte haben es manchmal schwer, Gehör zu finden.

CDU macht mit Falschinformationen großes Tamtam

Die CDU in der Regionsversammlung macht seit einiger Zeit heftig Stimmung gegen das Projekt. Der Polemik hat sich leider auch die HAZ in einem Kommentar bruchlos angeschlossen, ohne vorher die CDU-Argumente auf ihre Richtigkeit hin zu überprüfen. Aufklärung tut also Not. Nehmen wir die erste Unwahrheit: Die CDU behauptet, fast alle AnwohnerInnen des Zooviertels seien gegen die Stadtbahn. Fakt ist, dass die Interessengemeinschaft Zooviertel für die Bahn ist. In einer nicht repräsentativen Straßenumfrage haben sich zudem rund 73 Prozent der Befragten für die von Grünen und Umweltverbänden geforderte Bahn ausgesprochen.

Die CDU behauptet ferner, das Land würde die Stadtbahn zum Zoo nur mitfinanzieren, wenn Hochbahnsteige in der Königstraße gebaut werden, die die dortigen Geschäftsleute nicht wollen. Das ist falsch. Wird die Stadtbahn über die Berliner Allee und den Schiffgraben zum Zoo geführt, kann ein Hochbahnsteig in der Königstraße entfallen. Sie wird dann lediglich durchfahren, der Hochbahnsteig steht in der Berliner Allee.

Behauptet wird, dass sich die Stadtbahn nicht rechne, da die Üstra die alte Zoolinie (Linie 16) wegen Unwirtschaftlichkeit eingestellt habe. Das ist ein unzulässiger Vergleich von Äpfel und Birnen. Selbst die alte, wenig attraktive Zoobahn hatte rund 40 Prozent mehr Fahrgäste als die heutigen Buslinien. Die neue Zoolinie würde nicht nur bis zum Klagesmarkt, sondern bis nach Ricklingen fahren. Dadurch steigen

Fahrgastzahlen und damit Einnahmen im Vergleich zur alten Zoobahn noch einmal deutlich an. Die alte Linie 16 hatte zudem nicht Vorrang vor dem Autoverkehr, was die Fahrtzeit unnötig verlängerte. Andere oberirdisch verlaufende Stadtbahnen weisen dieses Manko nicht auf.

Die CDU setzt die Investitionskosten zu hoch an. Sie unterstellt, dass nur die neuen „Silberpfeile" zum Zoo fahren. Das erhöht die Investitionskosten, da Gleise in der Königstraße auseinandergezogen und eine Bahn-Unterführung abgesenkt werden müssten. Es ist aber weder nötig noch auf absehbare Zeit machbar, die „Silberpfeile" zum Zoo fahren zu lassen. Die dafür nötigen Gleise in der Kurt-Schuhmacher-Straße oder zwischen Clevertor und Goetheplatz fehlen. Die Stadtbahn zum Zoo kann deshalb mittelfristig ohnehin nur mit den „grünen" Fahrzeugen verkehren.

Ob auf Dauer überall der Silberpfeil fährt, ist fraglich, da es nicht nur Probleme mit der Höhe, sondern auch in anderen Stadtteilen mit der Breite der Fahrzeuge geben dürfte. Insbesondere die Egestorfstraße in Linden, auf ihr verkehrt die Linie 9, lässt aufgrund ihrer Enge den Einsatz des Silberpfeils kaum zu. Eines lässt sich deshalb festhalten: Zumindest mittelfristig, möglicherweise aber auch langfristig sind die von der CDU unterstellte Absenkung der Bahn-Unterführung in der Königstraße ebenso wie das Auseinanderziehen der Gleise nicht erforderlich. Die Investitionskosten sind deshalb deutlich niedriger als von der CDU in der Presse behauptet. Aber selbst wenn die CDU-Argumentation zuträfe, wären die Investitionskosten im Vergleich zu anderen Stadtbahn-Ausbauten gering.

FAZIT

Die „Argumente" gegen Trick 17 und eine Stadtbahn zum Zoo halten einer kritischen Sichtung nicht stand oder entpuppen sich als pure Falschinformationen. Aber selbst die CDU scheint sich ihrer Sache mittlerweile nicht mehr sicher zu sein. In einem Antrag fordert sie nun, Trick 17 bis auf die Stadtbahn umzusetzen! Statt der Bahn will sie eine Pendel-Buslinie vom Hauptbahnhof zum Zoo fahren lassen. Die CDU hat damit immerhin zugegeben, dass der Zoo für auswärtige BesucherInnen, die immerhin knapp 50 Prozent der Besucherzahlen ausmachen, wohl nur schwer erreichbar ist. Zudem gesteht die CDU indirekt ein, dass an der Sinnhaftigkeit des Konzeptes „Trick 17" wohl doch etwas dran ist.

Zugleich offenbart der Antrag aber auch, mit wie wenig Sachverstand zuweilen Politik gemacht wird. Pendel-Buslinien sind sehr teuer und bringen kaum Fahrgäste. Bis zu vier Fahrzeuge müssten auf der Zoostrecke zusätzlich verkehren, was die Kosten in die Höhe treibt.

Die Üstra hat Pendel-Buslinien über kürzere Entfernungen in der Regel mangels Nachfrage wieder eingestellt. Wenn ein kostengünstiger und attraktiver ÖPNV in Hannover gewollt ist, führt deshalb kein Weg an einer Stadtbahn zum Zoo vorbei. Dafür setzen sich die Grünen in der Region Hannover ein.

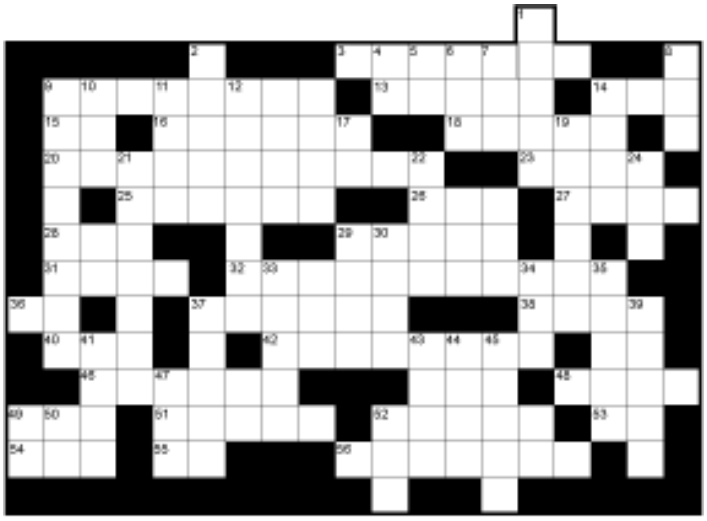
CDU versucht die Zoolinie zu verhindern

Grüne kämpfen für Stadtbahn zum Zoo

Der Fahrgastverband Pro Bahn hat ein Szenario für den Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) in der Südstadt mit dem Namen „Trick 17" entworfen. Es sieht eine Stadtbahn zum Zoo und die direkte Führung der Buslinien 128 und 134 zwischen Hauptbahnhof und Bismarckstraße über die Sallstraße vor. Der Umweg über den Zoo entfällt. Dadurch verkürzt sich die Fahrzeit der Busse um fast zehn Minuten. Es ergeben sich zudem interessante neue Direktverbindungen, zum Beispiel von der Südstadt zum Seelhorster Friedhof. Zum Zoo würde wieder eine Stadtbahn fahren. Die auswärtigen BesucherInnen des Zoos hätten ohne Auto keine Mühen mehr, ihn zu erreichen. Das Projekt könnte zusammen mit dem Umbau der Königstraße umgesetzt werden.
Von Michael Fleischmann, verkehrspolitischer Sprecher der Regions-Fraktion

Michael Fleischmann

RÄTSEL



Senkrecht:

1 angenommenes Lebensprinzip und Hohlraum des Gewehrlaufes.
2 bietet bei Latein den einen oder anderen Knackpunkt (insg. 6).
4 Riecht den Duft der Frauen (Vorn.).
5 eine Riesenzelle.
6 ältestes, alkoholisches Getränk hierzulande.
7 moderner, internationaler Titel.
8 Schrie ihren Verlust als Musik heraus, polarisiert (Nachn.).
9 Viele Bedeutungen: 2x in Hannover, Gerichtsbezirk, Schokoladenmarke.
10 Einer schönsten Sätze in „Otto - der Film": „Ja, ist denn det schon ...? Hab ich mir ganz anders vorgestellt."
11 Das Dasein im Imperativ.
12 Tätigkeit vornehmlich älterer Damen: im Haar, im Strickkorb.
14 Ein Dutzend Dutzende.
17 Zum Glück wieder weg: Die Girlgroup „..-Girls".
19 Vertreter des wohl berühmtesten Jagd- und Reitervolks.
21 Bei der Kolbenmaschine gehts auf und ab, bei ihr gehts rund.
22 Jemand damit geht voll ran.
24 Hier passt alles zusammen.
29 Schreinermeister mit Geheimnis (Nachn.).
30 Kann jetzt auch Männernamen haben.
33 Oschön, dieser Fischparadiesring.
34 Kumpel (spanisch) und Idol (Spitzname).
35 im Sprachgebrauch der zoolog. Verhaltensforschung die latente Bereitschaft zu bestimmten Verhaltensweisen.
37 Oxidiert? Dann ists ... mit dem Wein.
39 Einzel- oder Tagesportion meist bedenklicher Substanzen.
41 Alfreds Beiname.
43 Glitzerwesen, fabelhaft.
44 Stacheliger als ein Fünf-Tage-Bart.
45 Frühjahrsvergnügen auf Balkonien: „Hiermit erkläre ich die ...saison für eröffnet!".
47 Englisch für Ein-Tages-Kurhaus.
50 Macht der Weihnachtsmann drei Mal.
52 Fordert die immer noch „... D-Mark"?

Waagerecht:

3 Steile Zähne durchs Haar.
9 Einer der größten Tee-Exporteure der Welt, wie der Name früher sagte.
13 Bildet zusammen mit „Triebe" das meist benutzte, sich reimende Wortpaar.
14 Lieblings-Beerdigungsgetränk britischer Damen.
15 Wer diese Größe auswändig kann, ist toll.
16 Tut Tier Unrecht, wenn Dummheit beschrieben, meint eher Trotz, Starrheit nach Belieben.
18 Angeblich hält sich unter diesem Gewand lange Luft.
20 Aus Pumuckl-Schamhaar, überbrüht?
23 In diesen vielen Versen tummeln sich meist mehrere Helden.
25 Betreibt u.a. hannoverschen Sozialschlauch.
26 Auf diesen Parties ist dann doch jeder irgendwie allein.
27 Bei denen ist Wodan der Anführer.
28 ... Halbvoll oder doch halbleer?
29 z. B.: Wenn die Heuschnupfen zum Athma wird, nennt man das ...nwechsel.
31 Dolle Sache, wie ein Strauß Weizen, nur ohne R.
32 Sagt der Schiffsmessie im Hafen, wenn er seine Fensterbank aufgeräumt hat (3 Wörter).
36 Just .. myself and I (eye?).
37 Kommt nach Amuse Geulle.
38 KKK, steht im ersten.
40 Nachname von Siegfried ohne Z, oder die Jahreszeit ohne dasselbige.
42 Schmerzhafte Frucht, ich mag lieber Kirschen.
46 Leicht: Ist mal ein dicker Gallier reingefallen.
48 Dieser Tod hat eine Farbe.
49 Symbol der Monogamie.
51 Käfer dreht´s, Spacearzt heißt so.
52 Lass dir vertellen: Geht durchs Gehäuse.
53 nur sexualkategorisch festgelegt.
54 Teilchenmenge: 3 Apfeltaschen, 4 Freedom Fries Esser, 2 Mohnschnekken?
55 Davon haben wir einige (Abk.)
56 Kannst du mit Körperteilen oder mit dem ganzen Wirt machen.

TERMINE

9.5., 15.00

e-government-ag, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Kontakt: Mark Meissner, Tel.: 168-45 250, mark.meissner.gruene@hannover-stadt.de

10./11.5.

Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in Hameln. Wahl des Landesvorstandes und Debatte zur Sozialpolitik. Infos unter www.gruene-niedersachsen.de/ldk oder im KV-Büro: Enno Isermann, Tel.: 32 33 14, mail@gruene-hannover.de

11.5., ab 11.00

Solarfest, Maschsee-Nordufer. Mit einem Grünen Stand, für den noch dringend Hilfe benötigt wird, Bitte melden im KV-Büro: Enno Isermann, Tel.: 32 33 14, mail@gruene-hannover.de

13.5.,

Urabstimmung; Einsendeschluss

15.5., 17.00

BürgerInnensprechstunde unserer Bundestagsabgeordneten Silke Stokar; Wahlkreisbüro, Senior-Blumenberg-Gang 1, Anmeldungen bei Jeanette Weinrich, Tel.: 30 66 52, silke.stokar@wk.bundestag.de

19.5., 15.30

Personal-AG, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Kontakt: Mark Meissner, Tel.: 168-45 250, mark.meissner.gruene@hannover-stadt.de

19.5., 18.00

5. KultTour/Grüne Kultur-AG, im Kunstverein Hannover, Führung und Erläuterung zu Struktur und programmatischen Vorhaben. Kontakt über Martina Raab, Tel.: 168 42 561, martina.raab.gruene@ hannover-stadt.de

22.5., 19.00

Diskussionsforum Satzungsreform im Kreisverband, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Kontakt: Enno Isermann, Tel.: 32 33 14, mail@gruene-hannover.de

23.5.,

Urabstimmung; voraussichtliche Bekanntgabe des Ergebnisses

14./15.6.

Bundesdelegiertenkonferenz (BDK), Cottbus, Sonderkonferenz zur Sozialreform

28.6.

Mitgliederversammlung, Satzungsreform im Kreisverband. Die Anträge sind euch bereits mit der Einladung zur Jahreshauptmitgliederversammlung zugegangen. Wer diese schon jetzt erneut haben möchte, melde sich bitte im Büro. Ansonsten wird rechtzeitig vor der MV noch einmal eine Einladung an alle mit den Anträgen zugeschickt. Infos im Büro: Tel.: 32 33 14, mail@gruene-hannover.de

5./6.9.,

Fahrt zur Internationalen Gartenausstellung in Rostock, Organisiert von der Umwelt AG, Kosten müssen selber getragen werden. Frühzeitige Anmeldung (!!!) bitte bei Günter Wulfert, Tel.: 168 45 433, guenter.wulfert.gruene@ hannover-stadt.de

Weitere Infos und Termine erhaltet ihr im Büro: Tel.: 32 33 14, mail@gruene-hannover.de

Mitgliedsbeiträge und Spenden

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Kto.-Nr. 8 451 100
BLZ 251 205 10
Bank für Sozialwirtschaft Hannover

Übrigens: Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht!

IMPRESSUM

Der GRÜBL ist das Mitteilungsblatt des KV Hannover-Stadt von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover, Tel. 0511/323314, Fax 323315.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Pico Jordan, Helmut Lippelt, Barbara Rottmann, Michael Fleischmann, Sabine Tegtmeyer-Dette, Katrin Mohr und Enno Isermann (V.i.S.d.P.)

Druck: Forum Druck, Striehlstr. 11, 30159 Hannover, Tel. 1316224

Versand: Lister Copy und Büro Service, Pelikanstr. 13 A, Tel. 96546-0

Der GRÜBL wird kostenlos an alle Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen KV Hannover-Stadt verschickt.

Bündnis 90/Die Grünen,
Senior-Blumenberg-Gang 1,
30159 Hannover,
Tel. 0511/323314, Fax 32 33 15
E-Mail: mail@gruene-hannover.de
Internet: www.gruene-hannover.de